



BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

14. JAHRGANG • NR. 92

Oktober 2015

STANDPUNKT

- 2 Willkommenskultur und Integrationsfähigkeit wahren – die Herausforderung der großen Flüchtlingsströme

KÖLN

- 3 „Fraktion vor Ort“ zur Einwanderungspolitik mit Karamba Diaby, MdB am 17. November
- 3 Bürgerdialog mit Sigmar Gabriel
- 4 OB-Wahl: Jochen Otts Ziele für Köln
- 7 Diskussion zur „Modernen Stadt“
- 8 Kultur- und Medienpolitiker der SPD-Bundestagsfraktion besuchten Köln

WAHLKREIS

- 9 SPD-Bürgerempfang in Brück: Martin Schulz und Jochen Ott überzeugten
- 9 Besuch im Bonner „Haus der Geschichte“

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 5.10.2015

BUNDESTAG

- 10 Mehr Regionalisierungsmittel für NRW
- 11 Elfi Scho-Antwerpes neue Abgeordnete
- 11 SPD-Fraktionswahlen: Martin Dörmann als Sprecher für Kultur und Medien bestätigt
- 12 Milliarden für den Breitbandausbau: Rede und Zeitungsbeitrag von Martin Dörmann
- 14 Gesetzespaket zu Asyl und Flüchtlingen
- 17 Bewertung des Asylgipfels
- 18 25 Jahre Deutsche Einheit: Rede des Bundespräsidenten zur Flüchtlingsfrage
- 20 Hilfen und Reformen für Griechenland
- 21 „Projekt Zukunft“ der SPD-Fraktion
- 22 SPD-Sprecherkonferenz in Düsseldorf
- 22 Ausstellung „Faszination Grundgesetz“
- 23 Trauer um Egon Bahr

INFOS UND IMPRESSUM

- 24 Arbeitsschwerpunkte, Büros, Impressum, Sitzungswochen 2015



Herausgeber: Martin Dörmann, MdB



Willkommenskultur und Integrationsfähigkeit wahren

Die Herausforderung der großen Flüchtlingsströme erfordert von Deutschland und Europa solidarisches Handeln und die Vermeidung von Überlastungen

Liebe Leserinnen und Leser!

In den Sommermonaten haben uns schreckliche Bilder von **toten Flüchtlingen in Europa** erschüttert. Zugleich haben wir **in Deutschland eine große Welle der Hilfsbereitschaft** erlebt. Diese **Willkommenskultur gilt es zu bewahren**.

Niemanden sollte es kalt lassen, wenn Menschen Gefahren für Leib und Leben in Kauf nehmen, um Folter oder Krieg zu entfliehen. **Gerade politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingen müssen wir mit offenen Armen gegenüber treten**. Das ist eine menschliche Regung und eine moralische Pflicht, und zwar nicht nur im Hinblick auf unsere Geschichte, die mit Flucht und viel Leid verbunden ist.

Zugleich müssen wir uns sehr bewusst sein, vor **welch großen Herausforderungen** wir angesichts der in den letzten Wochen und Monaten **drastisch gestiegenen Flüchtlingszahlen** stehen. Noch 2012 gab es lediglich 50.000 anhängige Asylverfahren. 2014 waren es 170.000. In diesem Jahr wird nun mit einem Zustrom von über 800.000 Schutzsuchenden gerechnet. Derzeit sind es 10.000 täglich. Darauf sind wir nicht vorbereitet, auch wenn die tatkräftige Hilfe vieler Haupt- und Ehrenamtlicher überwältigend ist. Hilfskräfte und Kommunen stoßen zunehmend an die Grenzen der Belastung. Und niemand kann mit Bestimmtheit voraussagen, wie sich die Zahlen weiter entwickeln werden.

Fest steht: **Deutschland ist ein starkes und solidarisches Land**. Es kann vieles schultern. Aber auch unsere Aufnahmefähigkeit ist letztlich nicht unbegrenzt. Vor allem dann nicht, wenn man im Blick hat, dass **Integration Zeit braucht** und die **Integrationsfähigkeit eines Landes** auch davon abhängt, dass es einen **gesellschaftlichen Konsens** über Zuwanderung gibt. Wenn aber die Menschen das Gefühl haben, die Lage gerate außer Kontrolle, kann die bisher positive Stimmung einer Mehrheit der Bevölkerung schnell kippen.

Deshalb ist es gut, dass sich Bund und Länder Ende September auf ein wichtiges und weit reichendes **Maßnahmenpaket zur Bewältigung und Begrenzung der Flüchtlingszahlen** geeinigt haben. In relativ kurzer Zeit wurde dadurch Einigungs- und Handlungsfähigkeit bewiesen. Der Bund übernimmt pro Flüchtling eine feste Kostenpauschale. Dadurch werden

Länder und Kommunen finanziell deutlich entlastet. Ganz wichtig ist auch die geplante **Beschleunigung und Vereinfachung von Asylverfahren**. Je schneller Asylberechtigte und Kriegsflüchtlinge wissen, dass sie bleiben können, umso eher gelingt die Integration. Umgekehrt gilt: wer keinen Anspruch hat, muss anderen Platz machen. Es sollte großzügige Härtefallregelungen geben, aber letztlich sind auch unbequeme Entscheidungen zu treffen - so sehr man jeden Menschen versteht, der etwa aus wirtschaftlichen Gründen zu uns will.



Wenn wir undifferenziert alle aufnehmen wollten, würden wir zur Hilfe bald nicht in der Lage sein. Zumal wir umso mehr Menschen motivieren würden, zu uns zu kommen. Wir müssen **solidarische Lösungen in Europa** einfordern und EU-Außengrenzen sichern, um den Druck auf Deutschland zu senken. Die kürzliche Einigung in der EU auf eine Verteilung von 120.000 Flüchtlingen ist ein wichtiger Schritt, kann aber nur ein Anfang sein.

Unabdingbar ist zudem die **Bekämpfung von Fluchtursachen**, etwa im Hinblick auf die Beseitigung der unhaltbaren Zustände in den Flüchtlingslagern des Nahen Ostens. Nicht zuletzt ist die internationale Gemeinschaft gefordert, ihren Beitrag zu einer friedlichen Entwicklung in Syrien und anderen Ländern zu leisten, damit Menschen dort ohne Angst leben können. Niemand gibt seine Heimat leichten Herzens auf.

Manches wird wohl nicht sofort so umsetzbar sein, wie wir uns das eigentlich wünschten. Deshalb brauchen wir neben Entschlossenheit ein gehöriges Maß an Geduld und Beharrlichkeit. Und vor allem die **Bewahrung eines breiten gesellschaftlichen Konsenses**. Rechtsradikalismus, Gewalt und Ressentiments gegen Ausländer müssen wir entschieden entgegen treten. Das wird umso eher gelingen, wenn man Sorgen aus der Bevölkerung nicht ignoriert, sondern mögliche Probleme offen anspricht. Deren Bewältigung müssen wir konsequent angehen: zuversichtlich, solidarisch und mit einem realistischen Blick.

Herzlichst

Ihr

„Fraktion vor Ort“-Veranstaltung der SPD-Bundestagsabgeordneten

Einwanderungsland Deutschland
 Flüchtlingshilfe, Arbeitsmigration, Integration

Vortrag und Diskussion mit:

Dr. Karamba Diaby, MdB

Dienstag, 17. November 2015, 19:00 Uhr

Bürgerzentrum Ehrenfeld
 Venloer Str. 429, 50825 Köln-Ehrenfeld



Wir leben schon lange in einer Einwanderungsgesellschaft. Die vielen Einwanderinnen und Einwanderer der letzten Jahrzehnte haben unser Land mitgestaltet, geprägt und zu einem wirtschaftlich wie kulturell reichen Land gemacht. Auch in Zukunft werden wir auf den Zuzug neuer Fachkräfte angewiesen sein. Dies sollte durch ein Einwanderungsgesetz gesteuert werden.

Aktuell stehen wir vor der großen Herausforderung drastisch gestiegener Flüchtlingszahlen. Wir müssen auch weiterhin bereit sein, politisch Verfolgten Asyl zu gewähren und Menschen zu helfen, die vor Krieg fliehen. Gleichzeitig brauchen wir umfassende internationale und europäische Maßnahmen, um Fluchtursachen zu bekämpfen und eine solidarische Verteilung von Flüchtlingen auf alle EU-Staaten sicherzustellen.

Für die Integration von Einwanderinnen und Einwanderern müssen alle Teile der Gesellschaft zusammenarbeiten. Die zentralen Fragen sind: Wie kann Integration gelingen? Und was können wir tun, damit Deutschland ein offenes Land bleibt, ein Land, in dem sich eine vielfältige Gesellschaft entwickeln kann? Mit diesen Fragen beschäftigt sich die Projektgruppe #NeuesMiteinander der SPD-Bundestagsfraktion, die von **Karamba Diaby** geleitet wird. Darin wird ein offener Dialog über unsere Zukunftsvisionen für ein solidarisches Miteinander geführt. Die Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten **Martin Dörmann**, **Karl Lauterbach**, **Rolf Mützenich** und **Elfi Scho-Antwerpes** laden herzlich zu einer Diskussion hierüber ein.

Bürgerdialog mit Sigmar Gabriel

Diskussion zu aktuellen Themen im Comedia Theater

Im Rahmen des Regierungsprojektes „Gut leben in Deutschland“ stellte sich Bundeswirtschaftsminister **Sigmar Gabriel** Anfang September im Comedia Theater einer lebendigen Diskussion zu brennenden Themen wie Energiewende, Flüchtlinge, Lohngerechtigkeit, Freihandelsabkommen oder seiner Vision von Europa.

Ein glänzend aufgelegter Gabriel konnte mit offenen Worten und guten Argumenten überzeugen und „Vertrauen in die Politik zurückgewinnen“, wie eine

Teilnehmerin es am Ende der Veranstaltung äußerte. Tränen hatte er in den Augen, als er sichtlich bewegt von bewaffneten Sicherheitskräften berichtete, die sich in vorbildlicher Weise um ankommende Flüchtlinge gekümmert haben, indem sie selbst Kindernahrung kochten.

Neben Gabriel waren noch die Abgeordneten **Martin Dörmann** und **Karl Lauterbach** sowie Bürgermeisterin **Elfi Scho-Antwerpes** dabei. Sie diskutierten mit Teilnehmern in verschiedenen Workshops.



SPD-Kandidat Jochen Ott formuliert seine Ziele für die Domstadt

Nach der Verschiebung findet die OB-Wahl in Köln nun am 18. Oktober statt, eine mögliche Stichwahl wäre am 8. November. Nachfolgend dokumentieren wir einen Beitrag des SPD-Kandidaten Jochen Ott, in dem er hier seine Ziele für Köln formuliert.

Seit 41 Jahren lebe ich in Köln und liebe diese Stadt. Als Abgeordneter des Landtags von Nordrhein-Westfalen setze ich mich seit vielen Jahren für meine Heimatstadt ein. Als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion leite ich verschiedene Projektgruppen, die sich mit den Herausforderungen von Großstädten beschäftigen. Bevor ich die Politik zu meinem Beruf gemacht habe, studierte ich Geschichte und Sozialwissenschaften und wurde 2002 Lehrer. Der Mittelpunkt meines Lebens lag immer in Köln. Für mich ist diese Kandidatur kein Schritt auf der nächsten Karrierestufe. Ich bin fest davon überzeugt, dass ich Köln mit neuen Ideen noch weiter nach vorne bringen kann. Dies möchte ich für meine Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger tun.



▪ Köln ist ein Zentrum neuer Ideen – und das soll es in Zukunft auch bleiben

Unsere Metropole ist voller guter Ideen. Von hier aus prägen Unternehmen und Medienmacher die Zukunft unseres Landes. Das Handwerk, klassische Unternehmen und der Gründergeist innovativer Startups schaffen Arbeitsplätze. Das verdient Unterstützung. Menschen, die hier Ideen haben, wünschen sich zurecht, dass über Genehmigungen in unserer Stadt schneller entschieden wird. Ich will das möglich machen!

Mehr Effizienz

Ich will die Prozesse neu verzahnen, sodass zwischen den Ämtern weniger Zeitverluste entstehen. Das gelingt in einem guten Dialog mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Mehr Mut

Ich will die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermutigen, Entscheidungen zu treffen. Das gelingt mit meinem Versprechen, denen, die sich trauen, Entscheidungen zu treffen, den Rücken zu stärken.

▪ Köln ist eine junge Stadt – Kinder, die hier aufwachsen, haben die besten Chancen verdient

In Köln leben sehr viele Familien mit Kindern. Als Vater von drei kleinen Töchtern weiß ich, wo Familien „der Schuh drückt“. Kinder groß zu ziehen und gleichzeitig beruflich erfolgreich zu sein, ist eine echte Herausforderung. Ich weiß aus persönlicher Erfahrung, wie wichtig flexible Betreuungszeiten sind. Eltern wünschen sich zurecht für ihre Kinder ein attraktives Bildungsumfeld mit modernen Schulen, Kitas, guter Betreuung sowie einem gesunden, qualitativollen Mittagessen für ihre Pänz.

Kölner Schulen

Mein Ziel ist es, dass die Kölner Schulen schneller saniert werden. Zudem sollen Kinder hier ein gesundes und leckeres Mittagessen bekommen

Kölner Kitas

Besonders für unsere Jüngsten müssen unsere Kitas weiter ausgebaut werden. Wir brauchen Angebote, die sich nach den Arbeitszeiten der Eltern richten, und Arbeitgeber, die flexiblere Arbeitszeiten ermöglichen, damit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gestaltet werden kann.

Kostenlose Betreuung

Darüber hinaus ist es mein Ziel, die Beitragsfreiheit auch in der Kita bis zum Jahr 2020 umzusetzen.

- **Köln ist eine lebendige Stadt – Menschen, die hier Leben und Arbeiten, sollen das Leben auch genießen können**

Ich lebe unglaublich gerne in Köln und so geht es Hunderttausenden von Ihnen. Liebenswert macht unsere Stadt, dass es hier vielfältige Möglichkeiten gibt, seine Freizeit zu gestalten. Dafür braucht es Freiräume. Die will ich weiter ausbauen und ganz neue Möglichkeiten schaffen.

Lebendige Kulturszene

Ich will eine lebendige Kulturszene in Köln erhalten und fördern. Mein Kulturbegriff schließt dabei ganz unterschiedliche Kulturformen mit ein. Die Oper und das Theater gehören dazu, aber eben auch die Graffiti, die freie Szene und Kellerkonzerte.

Räume für Kreativität

Das Leben in unserer Stadt braucht Räume. Sei es für Clubs und Partys oder für das Schauspiel auf beiden Seiten des Rheins. Ich will den Grüngürtel weiter ausbauen, Räume für Kreativität erhalten und weitere schaffen.

- **Köln ist eine Stadt am Rhein – wer hier lebt, muss die Chance haben, die linke und die rechte Seite genießen zu können**

Ich bin auf der rechten Seite des Rheins aufgewachsen und wohne heute auf der linken. Ich liebe beide Seiten unserer Stadt und will sie noch viel stärker verbinden als in der Vergangenheit. Zusätzlich entlasten wir durch die rechtsrheinische Entwicklung auch den gesamtstädtischen Wohnungsmarkt und schaffen neue Potentiale für ganz Köln.

Fußgänger- und Fahrradbrücke

Ich plane eine neue Fußgänger- und Fahrradbrücke über den Rhein. So werden Bastei und Rheinpark miteinander verbunden. Damit schaffen wir seit Jahrhunderten erstmals eine Möglichkeit, ohne Zug- und Autoverkehr in Köln über den Fluss zu kommen.

Quartierentwicklung

Schon immer habe ich mich für die Entwicklung der rechtsrheinischen Quartiere eingesetzt. Der Erfolg gibt uns Recht. Mülheim 2020 ist solch ein Erfolg, Deutz und Kalk werden immer attraktiver. Und auch Porz hat mehr Augenmerk und Unterstützung für seine Entwicklung verdient. Durch diese Erfolge gewinnt die ganze Stadt.



Rote Bärchen mit klarer Aussage am Wahlkampfstand

Jochen Ott online: www.jochen-ott.de und www.facebook.com/jochen.ott.koeln



Gespräch über Langzeitarbeitslose

In einem Gespräch mit der Geschäftsführung des Jobcenters Köln tauschte **Martin Dörmann** sich u. a. zur beruflichen Integration von Langzeitarbeitslosen aus. Bundesministerin **Andrea Nahles** hat hierzu in diesem Jahr zwei spezifische Förderprogramme initiiert und mehr Gelder zur Verfügung gestellt. Unsere Zielsetzung ist darüber hinaus, weitere zusätzliche finanzielle Mittel zu sichern, um bislang arbeitsmarktfernen Menschen eine Perspektive zu geben. Weitere Gespräche soll es auf Landesebene in Berlin mit der Landesgruppe NRW und der NRW-Vertretung der Jobcenter geben.



Projekt Integrationsmuseum

Das Dokumentationszentrum und Museum DO-MID zur Einwanderungsgeschichte in der Bundesrepublik arbeitet zurzeit in Köln-Ehrenfeld an einem Konzept für den Bau eines zentralen Migrationsmuseums für Deutschland. Es soll möglichst in Köln entstehen. Aktuell sind als mögliche Räumlichkeiten die nach wie vor vom Abriss bedrohten „Hallen Kalk“ auf der Neuerburgstraße im Gespräch. Ein innovatives Vorhaben, das **Martin Dörmann** gerne unterstützt.



Hohe Auszeichnung für Marion Tillmann

Hochverdiente Ehrung: **Marion Tillmann** erhielt von Kölns Oberbürgermeister **Jürgen Roters** die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Bundespräsident **Joachim Gauck** hat sie damit insbesondere für ihre langjährige ehrenamtliche Arbeit für den Bauspielplatz Senkelsgraben ausgezeichnet. Sie ist Vorsitzende des Fördervereins, der auf dem Gelände in Wahnheide Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche organisiert. Auch **Martin Dörmann** und **Jochen Ott** hatten sich für diese Entscheidung eingesetzt.



Gratulation: 40 Jahre Kinderfest Rath/Heumar

Der SPD-Ortsverein Rath/Heumar konnte bei seinem traditionellen Kinderfest Anfang September das 40-jährige Jubiläum dieser tollen Aktion feiern. Mit **Martin Dörmann** dankten und gratulierten auch SPD-Schatzmeister **Dietmar Nietan** sowie die beiden Landtagsabgeordneten **Stephan Gatter** und **Jochen Ott** dem OV-Vorsitzenden **Oliver Krems** und seinem engagierten Helferteam!

Bund fördert Kölner Städtebauprojekte

Gute Nachrichten für Köln: der Bund fördert zwei „nationale Projekte des Städtebaus“. Insgesamt 9,8 Millionen Euro erhalten die Projekte „Stadtteilzentrum Chorweiler“ sowie „Via Culturalis“, ein einzigartiger Kulturpfad, der vom Dom zu St. Maria im Kapitol führt. **Jochen Ott**, **Rolf Mützenich** und **Martin Dörmann** hatten die Förderanträge nachhaltig unterstützt und freuten sich über die positive Entscheidung.



„Moderne Stadt – Smart, sozial und wirtschaftlich stark“

Mit Jochen Ott diskutierten Hannelore Kraft, Olaf Scholz und Thomas Geisel



Etwa 150 Gäste waren Mitte September ins „DOCK ONE“ nach Mülheim gekommen um der kurzweiligen Diskussion zum Thema „Moderne Stadt“ zuzuhören. Mit einem ganz starkem Auftritt warf OB-Kandidat **Jochen Ott** sich mit **Hannelore Kraft** (Ministerpräsidentin von NRW), **Olaf Scholz** (erster Bürgermeister von Hamburg) und **Thomas Geisel** (Oberbürgermeister von Düsseldorf) zu Themen wie Digitalisierung, Wohnraum und Mobilität verbal die Bälle zu. Bei so

viel prominenter Unterstützung, ließ es sich der Generalsekretär der NRW-SPD **André Stinka** nicht nehmen, die Runde zu eröffnen. Olaf Scholz betonte: „Eine Großstadt müsse alle Bürgerinnen und Bürger auch bei dem Thema Digitalisierung im Blick haben, die Digitalisierung darf nicht nur einen Mehrwert für die darstellen, die sich das leisten können.“ Stinka ist sich sicher, dass Jochen Ott das im Blick hat. Am Ende war sich die Gästerunde einig: Ott überzeugt und wird ein richtig guter Oberbürgermeister für Köln.



Jochen Ott, Thomas Geisel, Hannelore Kraft, Karl Lauterbach, Martin Dörmann, André Stinka

SPD-Medien- und Kulturpolitiker des Bundestages kamen nach Köln

Die Arbeitsgruppe Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion war Mitte August zu Gast in Köln. Ihr Sprecher **Martin Dörmann** hatte zu einem ganztägigen Fachprogramm in seine Heimatstadt eingeladen. Neben ihm nahmen daran die stellv. Fraktionsvorsitzende **Dr. Eva Högl**, der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien **Siegmond Ehrmann**, die stellv. AG-Sprecherin **Hiltrud Lotze** sowie der filmpolitische Sprecher **Burkhard Blienert** teil.

Am Dom wurden die Abgeordneten vom Dompropst **Gerd Bachner** herzlich empfangen, der Gottes Segen für politische Entscheidungen wünschte. Während der anschließenden Domführung wurden von **Harald Schlüter**, Geschäftsführer des Domforums, zahlreiche Kunstwerke und historische Hintergründe erläutert.

Beim Besuch der Mediengruppe RTL Deutschland in Deutz gab es zunächst ein Gespräch mit Geschäftsführerin **Anke Schäferkordt** und **Dr. Tobias Schmid**, Bereichsleiter Medienpolitik. Dabei ging es um die Unternehmensstrategie in einer sich weiter verändernden, digitalisierten Medienlandschaft. Nach einer Studioführung schloss sich eine intensive Diskussion mit **Matthias Wulff**, dem News-Chefredakteur an. Dieser betonte den Wert von

Nachrichten für die Sendergruppe. Angesichts einer komplexer werdenden Weltlage gäbe es ein großes Bedürfnis der Zuschauer/innen nach journalistischer Einordnung. Er verwies auf die eigene Journalistenschule und das Konzept, erfolgreiche Moderatoren wie **Peter Klöppel** dauerhaft als Marke und Vertrauenspersonen zu etablieren.

Den Abschluss des Programms bildeten zwei Museumsbesuche. Durch die Sammlung im Museum Schnütgen führte Direktor **Dr. Moritz Woelk**. Und im Rautenstrauch-Joest Museum erläuterte der dortige Direktor **Prof. Klaus Schneider** sein Konzept zur Präsentation der Kulturen der Welt.

Die SPD-Bundestagsabgeordneten zeigten sich von den Ausstellungsführungen und der anschließenden Diskussion sehr angetan: „Wir nehmen wichtige Anregungen für das ehrgeizige Projekt Humboldt-Forum mit, das es in den nächsten Monaten im Berliner Stadtschloss zu gestalten gilt,“ betonte Martin Dörmann

und zog zugleich ein positives Fazit des gesamten Programms: „Ich freue mich, dass meine Fraktionskolleginnen und -kollegen sich die Zeit für einen Kölnbesuch genommen haben und wir von hier so wertvolle kultur- und medienpolitische Einblicke für unsere weitere Arbeit in Berlin mitnehmen können.“



Trafen sich bei RTL in Deutz: Burkhard Blienert, Dr. Eva Högl, RTL-Geschäftsführerin Anke Schäferkordt, Hiltrud Lotze, Martin Dörmann, Siegmund Ehrmann, RTL Bereichsleiter Medienpolitik Dr. Tobias Schmid

SPD-Bürgerempfang in Brück

Martin Schulz und Jochen Ott überzeugten durch klare Statements

Zum SPD-Bürgerempfang am 6. September in Brück konnten der Vorsitzende des SPD-Stadtbezirks Köln-Kalk **Marco Pagano** und **Martin Dörmann** rund 100 Gäste begrüßen. Der Präsident des Europäischen Parlaments **Martin Schulz** und der Kölner Oberbürgermeisterkandidat **Jochen Ott** überzeugten durch klare Statements und forderten in der Flüchtlingsfrage solidarische Lösungen im Bund und in Europa ein.

Über den Kölner OB-Kandidaten der SPD schrieb die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung treffend: „Im Wahlkampf machte er bisher eine gute Figur. (...) In Diskussionen tritt Ott viel eloquenter auf als die doch recht technokratische Reker, empfiehlt sich offensiv als „Antreiber“, also als einer, der den Oberverantwortungshut wirklich tragen will.“



Jochen Ott, Martin Schulz, Marco Pagano und Martin Dörmann freuten sich über eine gelungene Veranstaltung

Mit Kölner Besuchergruppe im Bonner „Haus der Geschichte“

Historische Impressionen zwischen „Capri Fischern“ und Mauerfall

Martin Dörmann besuchte im Juli mit rund 40 Kölnern und Kölnern das „Haus der Geschichte“ in Bonn. Bei einer Führung durch die Dauerausstellung gewann die Gruppe dabei einen spannenden Einblick in 70 Jahre Nachkriegsgeschichte in Deutschland.

Vom Leben in den Trümmern des Krieges, dem Wirtschaftswunder in den 50ern über den Mauerfall bis ins Jahr 2015 veranschaulichten rund 7000 Exponate das alltägliche Leben und politische Geschehen. Dabei sorgten Ausstellungsstücke ein alter VW Käfer oder ein Kommunionkleid aus Mullbinden aus der harten Zeit des Wiederausbau für Staunen. Und als aus einer alten Juke Box die „Capri-Fischer“ und andere Klassiker ertönten, gab es fast kein Halten mehr – es wurde einfach mitgesungen.

Das besondere Highlight der Besichtigungen war der geführte Rundgang durch den ehemaligen Kanzlerbungalow. Das 1963 vom Architekten Sepp Ruf entworfene Gebäude diente als Wohn- und Empfangs-

gebäude der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Kohl. Obwohl das Haus durch seine architektonische Gradlinigkeit durchaus zu beeindruckend war, lautete das einstimmige Urteil der Gruppe: „Wohnen möchte hier doch wirklich keiner!“ Denn neben den großzügigen und offenen Repräsentativen

Räumlichkeiten im vorderen Teil des Gebäudes, beeindruckten die ehemaligen Wohnräume der Bundeskanzler eher durch enge Flure, kleine Räume und wenig Möglichkeiten für Privatsphäre.

Besonders begrüßt wurden die Kölner Gäste durch den stellvertretenden Präsidenten der Stiftung Haus der

Geschichte **Dr. Harald Biermann**. Dieser bedankte sich bei Martin Dörmann als Kuratoriumsmitglied für die gute Zusammenarbeit. Martin Dörmann dazu: „Ich freue mich, dass es allen gefallen hat und würde mir wünschen, dass das Haus der Geschichte auch in Zukunft weitere Besucherrekorde zu verzeichnen hat.“ Auch die Besucher zeigten sich begeistert: „Ein Besuch reicht nicht aus, um alles zu entdecken. Wir kommen wieder!“



Wichtige Einigung von Bund und Ländern bei Regionalisierungsmitteln

Mehr Geld für den Schienenpersonennahverkehr - NRW profitiert besonders

Bund und Länder haben sich nach langer Diskussion auf Eckpunkte über die künftige finanzielle Ausstattung und Verteilung der sogenannten Regionalisierungsmittel geeinigt. Das sind Gelder, die der Bund seit der Privatisierung der Bahn den Ländern zur Verfügung stellt, damit diese den Schienenpersonennahverkehr bestellen und bezahlen können. Sie stellen die wichtigste Quelle der ÖPNV-Finanzierung dar.



Martin Dörmann begrüßte als Mitglied im Bundestagsausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur die aus seiner Sicht überfällige Einigung: „Endlich wurde Klarheit geschaffen, so dass Länder, Verkehrsunternehmen und Kommunen für einen bedarfsgerechten Regionalverkehr planen können.“ Die Steigerung von jährlich 7,4 auf acht Milliarden Euro ab 2016 liege oberhalb des seitens des Bundes ermittelten Bedarfs, aber unterhalb der seitens der Länder geforderten und nachgewiesenen Summe. „Ein letztlich tragfähiger Kompromiss. Die höhere Dynamisierungsrate von jährlich 1,8 Prozent (statt wie bislang 1,5) erkennt die stärkere Kostendynamik an, die im

Verkehrssektor vorherrscht. Entscheidend bleibt, dass wir die Hauptkostentreiber, die Stations- und Trassenpreise, in den Griff bekommen. Die getroffene Vereinbarung zur Begrenzung der Dynamik der Trassenpreise muss nun durch wirksame Regelungen Realität werden.“

Auch NRW-Verkehrsminister **Michael Groschek** begrüßte den Kompromiss. Er habe große Bedeutung für die Pendler in NRW. Die Verteilung der Mittel erfolgt nach dem sogenannten Kieler Schlüssel. Der Anteil Nordrhein-Westfalens erhöht sich damit schrittweise von gegenwärtig 15,76 Prozent auf 18,99 Prozent. Somit wird das Land NRW in den kommenden 15 Jahren rund fünf Milliarden Euro zusätzlich für den Schienenpersonennahverkehr erhalten. In diesem Jahr hat der Bund dem Land Nordrhein-Westfalen gut 1,1 Milliarden Euro an Regionalisierungsmitteln zur Verfügung gestellt.

Neben dieser Einigung über die laufende Finanzierung der Verkehre ist auch die lange geforderte Fortführung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) über das Jahr 2019 hinaus vereinbart worden. In diesem Programm können Kommunen Investitionen anmelden, die für größere Infrastrukturprojekte des öffentlichen Nahverkehrs benötigt werden, etwa für den U-Bahn-Tunnelbau oder Straßenbahnnetze. Die Mittel, die nach dem GVFG jährlich zur Verfügung stehen, betragen wie bisher 333 Millionen Euro. Die SPD will nun auch darüber reden, ob dieser Topf nicht nur für Neubaumaßnahmen, sondern auch zur Sanierung bestehender Infrastruktur in Anspruch genommen werden kann.



Kölner Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes zieht in den Bundestag ein

Nachfolgerin für die neue NRW-Ministerin Christina Kampmann

Die bisherige SPD-Bundestagsabgeordnete **Christina Kampmann** wechselte zum 1. Oktober von Berlin nach Düsseldorf. Dort trat sie ihre neue Aufgabe als Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW an. Sie folgt damit auf **Ute Schäfer**, die aus eigenem Wunsch ihr Amt niederlegte. Kampmann war seit der Bundestagswahl 2013 Abgeordnete und Mitglied im Innenausschuss sowie im Ausschuss Digitale Agenda.

Für sie rückt die 1. Kölner Bürgermeisterin **Elfi Scho-Antwerpes** als Abgeordnete nach. Scho-Antwerpes war bei der Bundestagswahl 2013 im Wahlkreis Lindenthal, Rodenkirchen, südliche Innenstadt angetreten und hatte den Einzug in den Bundestag über die SPD-Landesliste nur knapp verpasst. Damit ist die SPD wieder in allen vier Kölner Wahlkreisen vertreten. Von dieser Stelle aus wünschen wir beiden Frauen eine glückliche Hand und viel Erfolg bei ihren neuen Aufgaben!



Martin Dörmann freut sich über Christina Kampmann als NRW-Ministerin und Elfi Scho-Antwerpes als neue Fraktionskollegin

Neuwahlen in der SPD-Bundestagsfraktion zur Halbzeit

Martin Dörmann als Sprecher für Kultur und Medien bestätigt

Turnusgemäß finden zur Mitte der Wahlperiode Neuwahlen zu den wichtigsten Funktionen in der SPD-Bundestagsfraktion statt. Fraktionsvorsitzender bleibt **Thomas Oppermann**. Auch seine Stellvertreter wurden bestätigt, darunter die beiden Kölner **Rolf Mützenich** und **Karl Lauterbach**. Der weitere Vorstand wird im Oktober bestimmt.

Martin Dörmann wurde erneut einstimmig zum Sprecher für Kultur und Medien gewählt. Zudem

wurde er auch wieder mit einem der besten Wahlergebnisse Delegierter der Fraktion zum Bundesparteitag. Einen Wechsel gab es im Bereich Wirtschaft und Energie. Dort folgt **Bernd Westphal** als Sprecher auf **Dirk Becker**, der sich bei den Kommunalwahlen in NRW als Bürgermeister von Oerlinghausen durchsetzte.

Einen neuen Vorsitzenden hat die SPD-Landesgruppe NRW: **Achim Post** gewann dort die Abstimmung und folgt auf **Axel Schäfer**.



Glückwunsch von ehemaligen Fraktionskollegen an den neuen SPD-Bürgermeister Dirk Becker (2.v.l.)

Milliarden für den Breitbandausbau

Bundestagsrede von Martin Dörmann in der Haushaltsdebatte

Anfang September hat der Bundestag in erster Lesung den Haushalt 2016 beraten. Erstmals sind für den Breitbandausbau über zwei Milliarden Euro Investitionsmittel vorgesehen. Damit können Förderprogramme auf den Weg gebracht werden, um das ehrgeizige Koalitionsziel von flächendeckend mindestens 50 Mbit/s bis 2018 zu erreichen.

In der Plenardebatte betonte **Martin Dörmann** als Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für digitale Infrastruktur in seiner Rede: „Das ist ein echter Quantensprung!“ Nun komme es darauf an, die Förderrichtlinie des Bundes so auszugestalten, dass eine sinnvolle Verzahnung mit Länderprogrammen erfolge und die größtmögliche Hebelwirkung auf die Breitbandziele erreicht werde.



Die Bundestagsrede ist abrufbar unter:
www.martin-doermann.de

Schnelles Internet für alle fest im Blick

Beitrag von Martin Dörmann in der Zeitschrift „pro media“ (September 2015)

Die Große Koalition geht den flächendeckenden Breitbandausbau konsequent an. Bei mobiler Abdeckung ist man europaweit auf der Überholspur. Und für Förderprogramme zum Ausbau des Festnetzes stehen erstmals Milliardenbeträge zur Verfügung.

Schnelles Internet für alle sichert Teilhabemöglichkeiten sowie wirtschaftliche Chancen und ist deshalb ein zentrales Ziel der SPD-Bundestagsfraktion. Im Koalitionsvertrag streben Union und SPD eine Breitband-Grundversorgung mit Geschwindigkeiten von mindestens 50 Mbit/s bis 2018 in ganz Deutschland an. Dies ist ein sehr ehrgeiziges Ziel, lag doch Ende 2014 die diesbezügliche Versorgungsquote erst bei knapp unter 65 Prozent. Zentraler Hinderungsgrund für eine flächendeckende Versorgung mit Hochgeschwindigkeitsnetzen sind bislang die überproportional hohen Ausbaukosten in weniger dicht besiedelten Gebieten.

Tragfähige Konzepte für den Breitbandausbau

Die Koalitionsfraktionen haben diese Herausforderung in einem vom Bundestag verabschiedeten Antrag (Drucksache 18/1973) angenommen. Es sind zahlreiche Maßnahmen vorgesehen, die vor allem darauf abzielen, zusätzliche Investitionsanreize zu setzen und Wirtschaftlichkeitslücken zu schließen. Neben einer wettbewerbsorientierten Regulierung und der optimalen Hebung von Synergieeffekten zur Kostensenkung ist dabei die stärkere Förderung für unterversorgte Gebiete vordringlich. Diese Breitbandstrategie wird durch die „Digitale Agenda“ der Bundesregierung unterstützt.

Um die Ausbauziele der Großen Koalition zu erreichen, sind ein Maßnahmenbündel sowie ein breiter Technologiemarkt notwendig (DSL, Glasfaser, Kabelnetze, Satellit und Funknetze/LTE). Mobilfunk er-

gänzt dabei den notwendigen weiteren Festnetzausbau. Auch über 2018 hinaus gilt es zudem, den Glasfaserausbau sukzessive voranzubringen, um noch wesentlich höhere Bandbreiten zu ermöglichen. Mit noch intensiverer Nutzung anspruchsvoller Angebote, insbesondere im audiovisuellen Bereich, wird der Bedarf weiter spürbar wachsen.

Einnahmen aus der „Digitalen Dividende II“ fließen direkt in den Breitbandausbau

Ein wichtiger Baustein der Breitbandstrategie wurde nach intensiver Abstimmung mit den Bundesländern durch die Versteigerung mehrerer Frequenzbänder im Juni gesetzt. Insgesamt wurden Einnahmen von 5,1 Milliarden Euro erzielt. Für den Breitbandausbau von besonderer Bedeutung ist hierbei der Teilbereich der „Digitalen Dividende II“ im 700 MHz-Band. Mit der Umstellung der terrestrischen Rundfunkverbreitung auf den neuen Standard DVB-T2 können die bisherigen Rundfunkfrequenzen in diesem Bereich effizienter genutzt werden. Der Mobilfunk kann mit den hierdurch freigewordenen Frequenzen deutlich höhere Bandbreiten erzielen als heute.

Etwa 1,3 Milliarden Euro Frequenzeinnahmen wurden alleine für die 700 MHz und 1,5 GHz-Bänder erzielt. Diese werden nach Abzug der Umstellungskosten mit den Bundesländern geteilt und für den Breitbandausbau sowie Digitalisierungsstrategien bereitgestellt. Der Bund und die Länder können hieraus voraussichtlich jeweils rund 600 Millionen Euro für (zusätzliche) Förderprogramme nutzen.

Die betroffenen TK-Unternehmen sind verpflichtet, bis Mitte 2018 mindestens 98 Prozent der Haushalte mit LTE zu versorgen, und zwar mit Bandbreiten von 50 Mbit/s pro Antennensektor und mindestens 10 Mbit/s pro Haushalt – mehr also, als viele heute per

Festnetz bekommen. Für die Hauptverkehrswege (Bundesautobahnen und ICE-Strecken) ist eine vollständige Versorgung sicherzustellen. Damit wird eine beinahe flächendeckende Versorgung mit mobilem Breitband gesichert.

Hierbei wurde auch ein Interessenausgleich mit nachteilig betroffenen Nutzergruppen vorgesehen. So wird demnächst eine Billigkeitsrichtlinie des Bundes für die Entschädigung von Nutzern drahtloser Produktionsmittel (z. B. Funkmikrofone in Kulturinstitutionen) erwartet, die für die umstellungsbedingten Neuanschaffungen einen Ausgleich erhalten sollen. Durch eine teilweise Umorganisation der Frequenzbänder stehen für sie nun in der Summe 440 MHz zur Nutzung bzw. Mitnutzung zur Verfügung.

Somit ist die „Digitale Dividende II“ ein voller Erfolg, der nicht nur die zielorientierte Abstimmung von Bund und Ländern dokumentiert, sondern auch erhebliche Einnahmen und Flächendeckungszusagen generiert hat, die uns dem übergeordneten Breitbandziel von flächendeckenden 50 Mbit/s bis 2018 ein gutes Stück näher führen werden.

Kritik greift zu kurz

Von den Oppositionsfraktionen wurde Kritik an der Frequenzversteigerung geäußert, die sich jedoch bei näherem Hinsehen leicht entkräften lässt. Die vorgebrachten Gegenargumente sind nichtstichhaltig, zum Teil sogar widersprüchlich. So ging es ihnen bei der Versteigerung zu schnell, beim Breitbandausbau insgesamt eigentlich zu langsam. Ich habe allerdings noch kein glaubwürdiges, gerechnetes Alternativkonzept vernommen. Kritik am Versteigerungsdesign kam daneben – interessengeleitet – vor allem von einigen wenigen Unternehmen, die schließlich nicht zum Zuge gekommen sind.

Dabei hat die Bundesnetzagentur völlig zutreffend die Prüfungsmaßstäbe angelegt, die ihr das Telekommunikationsgesetz vorgibt und höchststrichterlich bestätigt sind. Danach müssen die Bewerber zuverlässig, leistungsfähig und fachkundig sein, um zur Auktion zugelassen zu werden. Werden diese Kriterien nicht erfüllt, muss die Behörde die Zulassung ablehnen.

Der Weg ist nun frei für terrestrischen Rundfunkempfang über DVB-T2, auch in HD-Qualität. Das entspricht gerade auch den Interessen der Zuschauer sowie den Wünschen der privaten und öffentlich-rechtlichen Rundfunksender. Diese wollen höherwertige HD-Qualität anbieten, damit die terrestrische Übertragung auf Dauer konkurrenzfähig bleibt. Selbst bei einer Nachrüstung vorhandener TV-Geräte halten sich die Zusatzkosten im Rahmen und liegen beim Zusatzmodul bei schätzungsweise 50 Euro.

Über 2 Milliarden Euro stehen im Bundeshaushalt bereit – Ländermittel kommen hinzu

Bislang bewegte sich die Breitbandförderung durch Bundesmittel in einem geringen zweistelligen Millionenbetrag pro Jahr. Nach heutiger Planung werden im Bundeshaushalt bis 2019 über 2 Milliarden Euro für den Breitbandausbau zur Verfügung stehen. Damit wird eine zentrale Forderung der SPD-Bundestagsfraktion endlich aufgegriffen.

Diese Mittel müssen nun effizient und zielgerichtet eingesetzt werden. Förderprogramme sind ein wichtiges Instrument, um Wirtschaftlichkeitslücken zu schließen. Nach Einschätzung des Breitbandbüros des Bundes liegt der Hebeleffekt von Förderprogrammen bei 1:2,5 bis 1:4, je nach Ausgestaltung. Für jeden Euro öffentlicher Förderung kann also etwa ein zusätzlicher Betrag privater Investitionen ausgelöst werden.

Es wird darauf ankommen, die Förderbedingungen so auszugestalten, dass die optimalen Hebelwirkungen für private Investitionen in den Breitbandausbau erreicht und Mitnahmeeffekte sowie Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden. Hier ist Bundesminister Dobrindt in der Pflicht, die Förderrichtlinie des Bundes zielgenau auszugestalten und zügig umzusetzen, auch im Hinblick auf die sachgerechte Verzahnung mit den Förderprogrammen der Länder. Das Programm muss lokale Besonderheiten berücksichtigen und sollte vorrangig die am wenigsten versorgten Regionen erreichen, in denen oftmals besonders große Wirtschaftlichkeitslücken bestehen.

Das zuständige Ministerium hat die Förderrichtlinie des Bundes für Herbst angekündigt. Die entsprechende Ausarbeitung muss nun ebenso sorgfältig wie zügig angegangen werden, um Planungssicherheit für alle Beteiligten zu schaffen.

Koalition setzt Maßnahmen für den Breitbandausbau Schritt für Schritt um

Union und SPD haben die ersten zwei Jahre der Legislaturperiode genutzt, um entscheidende Weichen für die ambitionierten Breitbandziele bis 2018 zu stellen. Mit der Versteigerung von Funkfrequenzen für den Mobilfunk und Festlegung strenger Ausbauforderungen sind wir europaweit führend. Nicht nur konzeptionell, sondern auch finanziell wurden Grundlagen für einen forcierten Breitbandausbau geschaffen. Durch Beschlüsse der Koalition werden Bund und Länder über 2,6 Milliarden Euro zusätzlich für den Breitbandausbau zur Verfügung stellen. Zugleich ist festzuhalten: Der Aufbau einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur der Zukunft endet nicht 2018, sondern ist angesichts des perspektivisch wachsenden Breitbandbedarfs eine andauernde Aufgabe.



Gesetzpaket zu Asyl und Flüchtlingen im Bundestag eingebracht

Länder und Kommunen dauerhaft entlastet – mehr Geld für Wohnungsbau

Immer mehr hilfeschuchende Menschen kommen auch nach Europa, insbesondere nach Deutschland, um hier Asyl zu beantragen. Dieses Jahr erwarten wir über 800.000 Schutzsuchende. Das stellt den Bund, die Länder und Kommunen und die gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen. Die Politik muss Lösungen finden, wie Deutschland seiner humanitären Verantwortung trotzdem gerecht werden kann. Dafür bringt die Koalition nun ein umfassendes Gesetzpaket auf den Weg.

Der Koalitionsausschuss hat am 6. September beschlossen, dass der aktuellen Asyl- und Flüchtlingssituation mit einer Reihe von Maßnahmen kurzfristig begegnet werden soll. Auf dem so genannten Flüchtlingsgipfel im Bundeskanzleramt am 24. September wurden diese von den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder und der Bundesregierung bestätigt und konkretisiert.

Die SPD hat dabei wichtige Verbesserungen durchgesetzt, von denen alle Menschen in unserem Land profitieren: Der Bund wird den Ländern bis 2019 zusätzlich 2 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Und die frei werdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld fließen künftig in eine bessere Kinderbetreuung, die allen Familien zu Gute kommt.

Das mit der Union vereinbarte Asylpaket enthält unter anderem folgende wichtige Maßnahmen:

- Von 2016 an erhalten die Länder für die Dauer des Asylverfahrens beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine monatliche Pauschale von 670 Euro pro Flüchtling. Hinzu kommen 670 Euro für einen weiteren Monat im Fall der Ablehnung. Damit löst der Bund sein Versprechen ein, sich von 2016 an

strukturell und dynamisch an den Kosten für Flüchtlinge zu beteiligen.

- Für dieses Jahr wird der Bund seine Soforthilfe nochmals auf insgesamt 2 Milliarden Euro verdoppeln.
- Der Bund greift Ländern und Kommunen zusätzlich unter die Arme, indem er einen finanziellen Beitrag von 350 Millionen Euro zu den Kosten für unbegleitete minderjährige Ausländer leistet.
- Darüber hinaus können die Länder eine elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge einführen. Die Kosten hierfür werden von der öffentlichen Hand getragen, gehen also nicht zu Lasten der Versicherten und der gesetzlichen Krankenkassen.

Diese und weitere Maßnahmen sind unter Federführung des Bundesinnenministeriums in zwei Gesetzesentwürfen zusammengefasst: Sie heißen „Entwurf eines Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes“ und „Entwurf eines Gesetzes zur schnelleren Entlastung der Länder und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern“ (*Druckachen 18/6185, 18/6172*). Für diese Gesetze muss der Bundestag einen Nachtragshaushalt genehmigen. Darum hat die Regierung zudem einen „Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines zweiten Nachtrages zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015“ erstellt (*Drucksache 18/6090*). Alle drei Gesetze wurden von der Koalition am 1. Oktober ins Parlament eingebracht und in 1. Lesung beraten.

Im Plenum versicherte die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion **Christine Lambrecht**, dass es zu keinen Kürzungen oder Ausnahmen beim Mindestlohn für Asylbewerber kommen

wird. „Wir werden nicht akzeptieren, dass Gruppen gegeneinander ausgespielt werden.“ Sie beschrieb das Leid der Flüchtlinge, die aus Kriegsgebieten fliehen, betonte aber auch, dass diejenigen, die kein Bleiberecht haben, konsequent zurückgeführt werden müssen. „Es geht um die Balance, und mit diesem Gesetz bekennen wir uns zu unserer humanitären Pflicht“, so Lambrecht. Sie dankte dem Technischen Hilfswerk, dem öffentlichen Dienst und der Polizei für ihre unermüdlichen Einsätze.

Der Innenminister von Niedersachsen, **Boris Pistorius** (SPD), sprach in seiner Rede vor dem Bundestag von einer „gesamtstaatlichen Aufgabe, die bewältigt werden müsse. Es sei „Realismus“ zu sagen, dass es Grenzen der Aufnahmegeschwindigkeit und der Aufnahmekapazitäten gebe.

Pistorius machte sehr deutlich, dass der vorliegende Gesetzentwurf das Recht auf Asyl nicht schwäche, sondern im Gegenteil seine Gewährleistung sichere. „Wir verhalten und ethisch“, sagte Pistorius. Er mahnte an, dass die Länder sich auf den Bund verlassen können müssen bei der Hilfe für Flüchtlingsunterkünfte. Das Land stehe erst am Anfang einer „riesigen Aufgabe“.

Zu den geplanten Regelungen im Einzelnen:

Asylverfahren

Während der Dauer des Asylverfahrens und danach bedarf es einer Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften. Hierfür werden zeitlich befristete Erleichterungen im Bauplanungsrecht geschaffen. Zudem werden in eng begrenztem und klar umrissenem Umfang weitere punktuelle Erleichterungen hinsichtlich des Einsatzes erneuerbarer Energien im Gebäude vorgesehen.

Um mögliche Fehlanreize zu beseitigen, soll der Bargeldbedarf in Erstaufnahmeeinrichtungen so weit wie möglich durch Sachleistungen ersetzt werden. Auszahlungen von Geldleistungen dürfen längstens einen Monat im Voraus erfolgen.

Bestehende Ausreisepflichten sollen leichter durchgesetzt werden. So soll künftig nach Ablauf der Frist zur freiwilligen Ausreise der Termin der Abschiebung nicht angekündigt werden – damit möglichst keiner untertauchen kann. Die Höchstdauer von Abschiebeaussetzungen durch die Länder wird von sechs auf drei Monate reduziert.

Sichere Herkunftsstaaten

Albanien, Kosovo und Montenegro werden als sichere Herkunftsstaaten eingestuft, da dort die gesetzliche Vermutung gerechtfertigt ist, dass weder Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfinden. Das spiegelt sich auch in einer Ablehnungsquote von über 99 Prozent wider. Um die Verfahren effektiv zu gestalten und insbesondere Rückführungen zu gewährleisten, sollen Antragsteller aus diesen Staaten bis zum

Ende des Asylverfahrens zukünftig auch in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben.

Die Frage, wer Schutz braucht und wer nicht, wird weiterhin in einem fairen Verfahren und nach verfassungs- und europarechtlichen Maßgaben entschieden. Die SPD-Fraktion hat erreicht, dass die Liste der sicheren Herkunftsstaaten künftig alle zwei Jahre überprüft wird.

Gleichzeitig wird Bürgern aus den sicheren Herkunftsstaaten des Westbalkans der legale Zugang zum Arbeitsmarkt vereinfacht. Wichtig war den Sozialdemokraten dabei, den Menschen Wege jenseits des Asylverfahrens zu eröffnen: Wer einen Arbeits- oder Ausbildungsvertrag mit tarifvertraglichen Bedingungen vorweisen, seinen Lebensunterhalt und gegebenenfalls den seiner Familie selbst – ohne Sozialleistungen – decken kann und in den letzten zwei Jahren nicht als Asylbewerber oder Geduldeter in Deutschland Leistungen bezogen hat, soll mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit arbeiten oder eine Ausbildung aufnehmen dürfen.

Integrationsmaßnahmen

Die Menschen, die eine gute Bleibeperspektive haben, sollen möglichst schnell in Gesellschaft und Arbeitswelt integriert werden. Dazu werden die Integrationskurse für Asylbewerber und Geduldete mit guter Bleibeperspektive geöffnet. Das Leiharbeitsverbot für Asylbewerber und Geduldete entfällt nach drei Monaten, wenn es sich um Fachkräfte handelt. Für geringer qualifizierte Kräfte wird der Zugang zur Leiharbeit erst nach 15 Monaten möglich sein.

Zudem werden die Eingliederungstitel der Jobcenter so aufgestockt, dass dauerhaft bleibende Flüchtlinge aktiv bei der Arbeitsmarktintegration unterstützen werden können. Anerkannte Asylberechtigte werden voll arbeitsberechtigt, erhalten Leistungen der Jobcenter und zählen in der Arbeitslosenstatistik.

Klar ist auch: Einen prekären Niedriglohnsektor für Flüchtlinge, z. B. durch eine Absenkung des Mindestlohns für Flüchtlinge, wird es nicht geben.

Entlastung der Kommunen

Der Bund beteiligt sich strukturell, dauerhaft und dynamisch an den gesamtstaatlichen Kosten, die in Abhängigkeit von der Zahl der Aufnahme der Asylbewerber und Flüchtlinge entstehen. Von 2016 an erhalten die Länder wie beschrieben für die Dauer des Asylverfahrens eine monatliche Pauschale von 670 Euro pro Flüchtling. Hinzu kommen 670 Euro für einen weiteren Monat im Fall der Ablehnung. Durch eine Änderung der Umsatzsteuerverteilung nach dem Finanzausgleichsgesetz entlastet der Bund die Länder von Kosten für Asylbewerber, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und bei der Kinderbetreuung. In den Fällen, in denen die Kommunen Kostenträger sind, geben die Länder die vom Bund erhaltenen Mittel weiter. Für die enthaltenen Abschlagszah-

lungen erfolgt Ende 2016 eine personenscharfe Abrechnung für 2016, die bei der für 2017 festzulegenden Abschlagszahlung berücksichtigt wird.

Sozialer Wohnungsbau

Die Lage am Wohnungsmarkt ist seit Jahren angespannt, und der Bedarf nach neuen, bezahlbaren Wohnungen wird durch Asylberechtigte, die mittel- bis längerfristig in Deutschland bleiben, absehbar weiter steigen. Deshalb unterstützt der Bund Länder und Kommunen zudem beim Neubau von Wohnungen und bei der Ausweitung des Bestands an Sozialwohnungen. Das soll allen zugutekommen. Um Wohnungsneubau anzureizen, sollen die den Ländern vom Bund zugewiesenen Kompensationsmittel für den sozialen Wohnungsbau bis 2019 um insgesamt 2 Milliarden Euro erhöht werden. Im Gegenzug haben die Länder zugesagt, die Kompensationsmittel zweckgebunden für den sozialen Wohnungsbau zu verwenden.

Gesundheit

Um die ambulante psychotherapeutische und psychiatrische Behandlung von besonders schutzbedürftigen traumatisierten Flüchtlingen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben, zu ermöglichen, wird die Zulassungsverordnung der Ärzte hinsichtlich der Ermächtigungsmöglichkeiten geändert. So sollen künftig geeignete Ärzte, Psychotherapeuten und spezielle Einrichtungen, etwa Traumazentren, die bisher über keine Kassenzulassung verfügten, zur Behandlung der Asylsuchenden ermächtigt werden können.

Künftig besteht ein bundesweit einheitlicher Anspruch auf Schutzimpfungen für Asylsuchende.

Das Gesetzespaket soll in der Sitzungswoche Mitte Oktober in 2./3. Lesung im Bundestag beschlossen und unmittelbar danach in den Bundesrat gehen. Am 1. November sollen die Gesetze in Kraft treten.

Nachtragshaushalt

Mit dem Entwurf eines zweiten Nachtragshaushalts wird die zwischen Bund und Ländern am 24. September getroffene Vereinbarung zur finanziellen Bewältigung der Aufgaben im Bundeshaushalt umgesetzt – soweit sie das Jahr 2015 betreffen. Konkret soll in diesem Jahr die bisher vorgesehene Soforthilfe für Länder und Kommunen nochmals um eine Milliarde Euro erhöht werden, auf dann 2 Milliarden Euro. Um künftige Aufgaben im Zusammenhang mit Flüchtlingen finanzieren zu können, soll zudem eine Rücklage von 5 Milliarden Euro gebildet werden. Für den Fall, dass sich zum Jahresabschluss weitere Entlastungen im Bundeshaushalt ergeben, werden die ebenfalls in die Rücklage fließen.

Im zweiten Nachtragshaushalt ist außerdem ein Zuschuss an den Energie- und Klimafonds (EKF) in Höhe von 1,3 Milliarden Euro vorgesehen. Ergänzend können in diesem Jahr für Programmausgaben nicht benötigte Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt in Höhe von voraussichtlich 200 Millionen Euro in die Rücklage des EKF fließen. Damit stehen im Ergebnis zusätzlich insgesamt 1,5 Milliarden Euro für die Energiewende zur Verfügung.

Schließlich wird mit dem Nachtrag ermöglicht, dass Grundstücke des Bundes mietzinsfrei für Flüchtlingsunterbringung zur Verfügung gestellt und hergerichtet werden und, dass für Zweck des sozialen Wohnungsbaus Grundstücke mit Abschlag verkauft werden können.

Finanziert werden können die zusätzlichen Ausgaben im zweiten Nachtragshaushalt 2015 durch Mehreinnahmen aus der Versteigerung von Mobilfunklizenzen, weiter gestiegenen Steuereinnahmen und durch Einsparungen bei den Zinsausgaben. Der Bundeshaushalt 2015 bleibt ausgeglichen.



„Verantwortungsbewusst, pragmatisch und werteorientiert handeln“

In einem Schreiben an die Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion haben Sigmar Gabriel und Aydan Özoğuz, Flüchtlingsbeauftragte der Bundesregierung, die Ergebnisse des Asylgipfels bewertet. Nachfolgend dokumentieren wir Auszüge hieraus.

„Seit mehr als einem Jahr haben wir CDU und CSU aufgefordert, sich der Realität zu stellen und eine Antwort zu finden auf die stark angestiegenen Flüchtlingszahlen. Wir haben ehrliche Zahlen gefordert. Wir haben schnelle Verfahren gefordert. Wir haben darauf gedrungen, Länder und Kommunen nicht allein zu lassen. Und wir haben mehr Integrationsmaßnahmen in Sprache, Ausbildung und Arbeit gefordert.

Mit dem Asylgipfel von Bund und Ländern haben wir jetzt einen großen politischen Erfolg errungen und zentrale sozialdemokratische Ziele durchgesetzt. Wir haben viel dafür erreicht, dass Deutschland mit Zuversicht und Realismus die Herausforderung der Flüchtlingsaufnahme schultern kann. (...)

Ganz entscheidend: Geordnete Verfahren der Erstaufnahme und Beschleunigung der Asylverfahren. Der Bund übernimmt endlich zentral die Verteilung der Flüchtlinge im Bundesgebiet. Dabei müssen wir sicherstellen, dass niemand akut überlastet wird. Außerdem wird der Bund die Länder stärker bei der Errichtung von Erstaufnahmeplässen unterstützen. Denn es geht jetzt vor allem um schnellere Verfahren. Wir haben dies immer wieder gefordert. (...)

Zur Ehrlichkeit gehört dazu: Deutschland kann viele Menschen aufnehmen, aber nicht alle, die zu uns kommen. Wir brauchen auch Schritte, um den Zuzug zu begrenzen. Die Frage, wer Schutz braucht und wer nicht, wird in einem fairen Verfahren auf der Grundlage des verfassungsrechtlich verbürgten Rechts auf Asyl entschieden. Wer keine Bleibeperspektive hat, muss Deutschland verlassen. Deshalb haben wir entschieden, dass auch Albanien, Kosovo und Montenegro zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden. Und daher werden wir auch potenzielle Fehlanreize zurücknehmen.

Für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten gilt ein Beschäftigungsverbot. In Erstaufnahmeeinrichtungen soll nach Möglichkeit der Bedarf nur mit Sachleistungen erbracht werden. Und wer einen ablehnenden Asylbescheid bekommen hat, unter keinen Umständen ein Bleiberecht erhalten kann und vollziehbar ausreisepflichtig ist, der soll ab dem Tag der festgelegten Ausreise keinen Anspruch mehr auf Leistungen haben. Er erhält lediglich das unabdingbar Notwendige.

Wir wollen unmissverständlich klar machen: Diese Menschen müssen ausreisen. Wir wissen, dass viele tausend Menschen nach Deutschland wollen, weil sie eine wirtschaftliche Perspektive für sich und ihre Familie suchen. Nicht Asyl, sondern Ausbildung und Arbeit ist ihr Ziel. Um hier Druck vom falsch gewählten Asylverfahren zu nehmen, wollen wir die Möglichkeiten der legalen Arbeitsmigration für Bürgerinnen und Bürger der Westbalkanstaaten

verbessern. Wer einen Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag nach tarifvertraglichen Bedingungen vorweisen kann, der soll auch eine Ausbildung und oder Arbeit aufnehmen können.

Deutschland ist stark und kann viel leisten, aber Europa muss jetzt weit mehr tun. Es ist gut, dass die faire Verteilung von 120.000 Flüchtlingen in der EU durch Mehrheitsbeschluss der europäischen Justiz- und Innenminister durchgesetzt wurde. Aber das reicht natürlich nicht. Wir müssen weiter auf faire Quoten bei der Verteilung der Menschen, die nach Europa kommen, drängen. Die Einrichtungen so genannter „Hotspots“, Aufnahme- und Registrierungsstellen in Griechenland und Italien, wo viele Flüchtlinge das erste Mal die EU betreten, ist jetzt immerhin beschlossen. Sie sollen im November funktionsfähig sein.

Flucht ist eine Folge von Krieg, Bürgerkrieg, Staatszerfall und Armut. Menschen fliehen, weil sie um ihr Leben und um das Wohl ihrer Kinder fürchten, weil sie keine Hoffnung mehr haben. Eine wirklich dauerhafte Lösung der Flüchtlingskrise ist nur denkbar, wenn wir neue große Anstrengungen zur Bekämpfung der Fluchtursachen unternehmen. Ohne ein geeint handelndes Europa und ohne eine entschlossene internationale Gemeinschaft ist das nicht denkbar.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns weiter mit aller politischen Kraft dafür ein, dass die Herkunftsländer stabilisiert werden, dass die Menschen dort erträgliche Lebensbedingungen erhalten und wieder Hoffnung auf eine bessere Zukunft in der eigenen Heimat haben können. Auch die Transitländer und die Länder im Nahen Osten, die Millionen von syrischen Flüchtlingen aufgenommen haben, brauchen Unterstützung.

Wir müssen sofort die Gelder aufstocken, die den UN-Flüchtlingshilfswerken zur Verfügung stehen. Wir können hier mit vergleichsweise wenig Geld sehr viele Menschen erreichen. Nahrungsmittel, medizinische Versorgung und Schulen für die Kinder müssen sicher finanziert sein. Deutschland erhöht die nationalen Mittel für Stabilisierung und humanitäre Hilfe. Europa steigert seine Mittel jetzt um eine Milliarde Euro. (...)

Der Syrien-Krieg liegt im Zentrum der gegenwärtigen Flüchtlingskrise. Die meisten Flüchtlinge, die Deutschland in diesem Jahr erreichen, stammen aus Syrien. Die Europäische Union, die USA, aber auch Russland müssen an der Eindämmung des Konfliktes mit neuer Entschiedenheit arbeiten. (...)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen um die gewaltige Herausforderung, die mit der Bewältigung der Flüchtlingsfrage verbunden ist. Wir denken und handeln daher verantwortungsbewusst, pragmatisch und zielorientiert – wohlwissend, dass es keine leichten Lösungen gibt und dass eine Besserung der Lage nur im europäischen und internationalen Rahmen mit Hilfe unserer Partner und der Anrainerstaaten in den von Flucht und Vertreibung betroffenen Regionen möglich ist. (...) Es geht um die humane Orientierung und um die Grundwerte Deutschlands und Europas. Dafür stehen wir!“

25 Jahre Deutsche Einheit: Rede des Bundespräsidenten zu Flüchtlingen

„Unser Herz ist weit. Doch unsere Möglichkeiten sind endlich.“

Beim Festakt zum 25. Jahrestag der Deutschen Einheit in Frankfurt am 3. Oktober hielt Bundespräsident **Joachim Gauck** eine viel beachtete Rede, in der er sich auch ausführlich mit der aktuellen Flüchtlingsfrage auseinandersetzte. Er lobte darin das beeindruckende Engagement unzähliger Haupt- und Ehrenamtlicher und wandte sich entschieden gegen Fremdenfeindlichkeit. Zugleich schlug er nachdenkliche Töne an. Er formulierte das Dilemma, offen für Flüchtlinge sein zu wollen, zugleich aber nur über eine begrenzte Aufnahmekraft zu verfügen. Er warb für einen gesellschaftlichen Verständigungsprozess über das Ziel und das Ausmaß der neuen Integrationsaufgabe. Nachfolgend dokumentieren wir Auszüge der Rede. Der vollständige Text ist abzurufen unter: www.bundespraesident.de.

„Die innere Einheit Deutschlands konnte vor allem wachsen, weil wir uns als zusammengehörig empfanden und weil wir in Respekt vor denselben politischen Werten gemeinsam leben wollten. Doch nun, wo viele Flüchtlinge angesichts von Kriegen, von autoritären Regimen und zerfallenden Staaten nach Europa und besonders nach Deutschland getrieben werden, nun stellt sich die Aufgabe der inneren Einheit neu. Wir spüren: Wir müssen Zusammenhalt wahren zwischen denen, die hier sind, aber auch Zusammenhalt herstellen mit denen, die hinzukommen. Es gilt, wiederum und neu, die innere Einheit zu erringen. (...)

Aber was heißt es nun, die innere Einheit wiederum und neu zu erringen, wenn sich die Zusammensetzung von Bevölkerungen in kurzer Zeit erheblich verändert? Wie schaffen es Staaten, wie schaffen es Gesellschaften, ein inneres Band zwischen Einheimischen und Neuankömmlingen herzustellen? Und wie kann die Europäische Union Einvernehmen erreichen, wenn die Haltungen gegenüber Flüchtlingen so unterschiedlich sind?

Noch führt der Druck die europäischen Staaten nicht zusammen. Allerdings zeigen die jüngsten Entscheidungen der Europäischen Union, dass die Einsicht wächst: Es kann keine Lösung in der Flüchtlingsfrage geben – es sei denn, sie ist europäisch. Wir werden den Zustrom von Flüchtlingen nicht verringern können – es sei denn, wir erhöhen unsere gemeinsamen Anstrengungen zur Unterstützung von Flüchtlingen in den Krisenregionen, sowie vor allem zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Und wir werden unsere heutige Offenheit nicht erhalten können – es sei denn, wir entschließen uns alle gemeinsam zu einer besseren Sicherung der europäischen Außengrenzen. (...)

Wenn wir Deutsche uns an die „Das Boot ist voll“-Debatten vor zwanzig Jahren erinnern, dann erkennen wir, wie stark sich das Denken der meisten Bürger inzwischen verändert hat. Der Empfang der Flüchtlinge

im Sommer dieses Jahres war und ist ein starkes Signal gegen Fremdenfeindlichkeit, Ressentiments, Hassreden und Gewalt. Und was mich besonders freut: Ein neues, ganz wunderbares Netzwerk ist entstanden – zwischen Ehren- und Hauptamtlichen, zwischen Zivilgesellschaft und Staat. Es haben sich auch jene engagiert, die selbst einmal fremd in Deutschland waren oder aus Einwandererfamilien stammen. Auf Kommunal-, Landes- wie Bundesebene wurde und wird Außerordentliches geleistet. Darauf kann dieses Land zu Recht stolz sein und sich freuen. Ich sage: Danke Deutschland!

Und dennoch spürt wohl fast jeder, wie sich in diese Freude Sorge schleicht, wie das menschliche Bedürfnis, Bedrängten zu helfen, von der Angst vor der Größe der Aufgabe begleitet wird. Dies ist unser Dilemma: Wir wollen helfen. Unser Herz ist weit. Aber unsere Möglichkeiten sind endlich.

Tatsache ist: Wir tun viel, sehr viel, um die augenblickliche Notlage zu überwinden. Aber wir werden weiter darüber diskutieren müssen: Was wird in Zukunft? Wie wollen wir den Zuzug von Flüchtlingen, wie weitere Formen der Einwanderung steuern – nächstes Jahr, in zwei, in drei, in zehn Jahren? Wie wollen wir die Integration von Neuankömmlingen in unsere Gesellschaft verbessern?

Wie 1990 erwartet uns eine Herausforderung, die Generationen beschäftigen wird. Doch anders als damals soll nun zusammenwachsen, was bisher nicht zusammen gehörte. Ost- und Westdeutsche hatten ja dieselbe Sprache, blickten auf dieselbe nationale Kultur und Geschichte zurück. Ost- und Westdeutsche standen selbst in Zeiten der Mauer durch Kirchengemeinden, Verwandte oder Freunde in direktem Kontakt miteinander und wussten über die Medien voneinander Bescheid. Wie viel größere Distanzen dagegen sind zu überwinden in einem Land, das zum Einwanderungsland geworden ist.



Zu diesem Land gehören heute Menschen verschiedener Herkunftsländer, Religionen, Hautfarben, Kulturen – Menschen, die vor Jahrzehnten eingewandert sind, und zunehmend auch jene, die augenblicklich und in Zukunft kommen, hier leben wollen und auch eine Bleibeperspektive haben.

Ähnlich wie bei den Zuwanderern seit den 1960er Jahren, aber wohl in größerem Ausmaß werden wir erleben: Es braucht Zeit, bis Einheimische sich an ein Land gewöhnen, in dem Vertrautes zuweilen verloren geht. Es braucht Zeit, bis Neuankömmlinge sich an eine Gesellschaftsordnung gewöhnen, die sie nicht selten in Konflikt mit ihren traditionellen Normen bringt. Und es braucht Zeit, bis alte und neue Bürger Verantwortung in einem Staat übernehmen, den alle gemeinsam als ihren Staat empfinden.

Wir befinden uns aktuell in einem großen Verständigungsprozess über das Ziel und das Ausmaß der neuen Integrationsaufgabe. So etwas ist in Demokratien auch verbunden mit Kontroversen – das ist normal. Aber meine dringende Bitte an alle, die mitdebattieren, ist: Lassen Sie aus Kontroversen keine Feindschaft entstehen. Jeder soll merken, wir debattieren, weil es uns um Zusammenhalt geht, um ein Miteinander, auch in der Zukunft.

Und wir nehmen aus unserer jüngeren Geschichte etwas mit, was wir nie aufgeben dürfen: den Geist der Zuversicht. Wir haben nicht nur davon geträumt, unser Leben selbstbestimmt gestalten zu können, wir haben es getan! Wir sind die, die sich etwas zutrauen. So gestimmt fragen wir uns jetzt: Was aber ist das innere Band, das ein Einwanderungsland zusammenhält? Was ist es, was uns verbindet und verbinden soll?

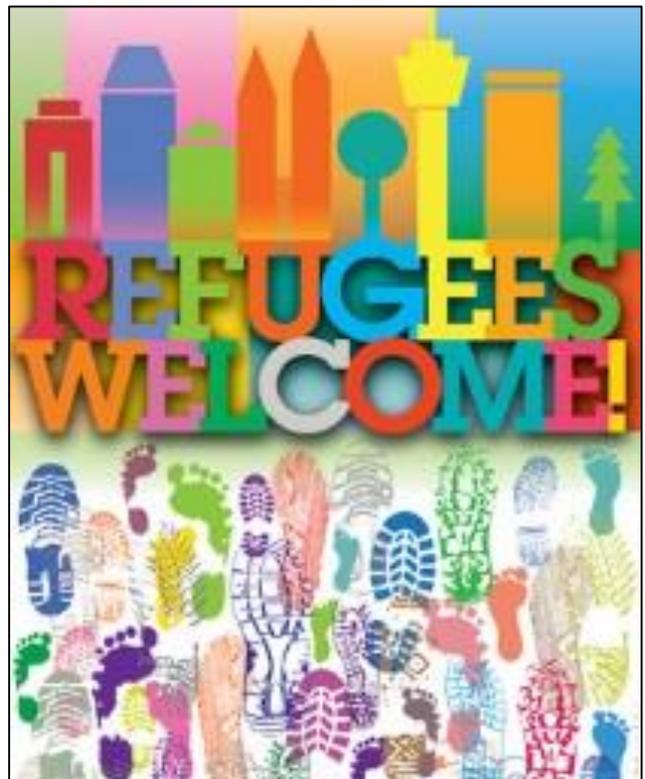
In einer offenen Gesellschaft kommt es nicht darauf an, ob diese Gesellschaft ethnisch homogen ist, sondern ob sie eine gemeinsame Wertgrundlage hat. Es kommt nicht darauf an, woher jemand stammt, sondern wohin er gehen will, mit welcher politischen Ordnung er sich identifiziert. (...)

Unsere Werte stehen nicht zur Disposition! Sie sind es, die uns verbinden und verbinden sollen, hier in unserem Land. Hier ist die Würde des Menschen unantastbar. Hier hindern religiöse Bindungen und Prägungen die Menschen nicht daran, die Gesetze des säkularen Staates zu befolgen. Hier werden Errungenschaften wie die Gleichberechtigung der Frau oder homosexueller Menschen nicht in Frage gestellt und die unveräußerlichen Rechte des Individuums nicht durch Kollektivnormen eingeschränkt – nicht die der Familie, nicht der Volksgruppe, nicht der Religionsgemeinschaft. Toleranz für Intoleranz wird es bei uns nicht geben. Und außerdem gibt es in unserem Land politische Grundentscheidungen, die ebenfalls unumstößlich sind. Dazu zählt unsere entschiedene Absage gegen jede Form von Antisemitismus und unser Bekenntnis zum Existenzrecht von Israel.

Wir kennen keine andere Gesellschaftsordnung, die dem Individuum so viel Freiheit, so viele Entfaltungsmöglichkeiten und so viele Rechte einräumt wie die

Demokratie. Wir kennen keine andere Gesellschaftsordnung, die im Widerstreit von Lebensstilen, Meinungen und Interessen zu so weitgehender Selbstkorrektur fähig ist. Wir kennen auch keine Gesellschaftsordnung, die sich so schnell neuen Bedingungen anzupassen und zu reformieren vermag, weil sie – wie der Philosoph Karl Popper einmal sagte – auf einen Menschen baut, dem mehr daran liegt zu lernen, als recht zu behalten.

Für eben diese Werte und für diese Gesellschaftsordnung steht die Bundesrepublik. Dafür wollen wir auch unter den Neuankömmlingen werben – nicht selbstgefällig, aber selbstbewusst, weil wir überzeugt sind: Dieses Verständnis, kodifiziert im Grundgesetz, ist und bleibt die beste Voraussetzung für das Leben, nach dem gerade auch Menschen auf der Flucht streben. Ein Leben – wie es unsere Nationalhymne beschreibt – in Einigkeit und Recht und Freiheit.“



Nach Ansicht des Bundespräsidenten muss Deutschland weiter offen für Flüchtlinge bleiben. Der Zustrom dürfe aber nicht so groß werden, dass die Integrationskraft überfordert werde.

Bundespräsident **Joachim Gauck** in seiner Rede zur Eröffnung der „Interkulturellen Woche“ in Mainz am 27. September:

„Wenn wir Probleme benennen und Schwierigkeiten aufzählen, so soll das nicht unser Mitgefühl – unser Herz – schwächen. Es soll vielmehr unseren Verstand, unsere politische Ratio aktivieren. Wir werden weiter wahrnehmen, was ist – ohne zu beschönigen oder zu verschweigen. Wir werden weiter helfen, so, wie wir es tun – ohne unsere Kräfte zu überschätzen. So werden wir bleiben, was wir geworden sind: ein Land der Zuversicht.“

Bundestag stimmte dem dritten Hilfspaket zu

Mit großer Mehrheit hat der Bundestag am 19. August in einer Sondersitzung dem dritten Hilfspaket für Griechenland zugestimmt. Vorausgegangen waren konstruktive Verhandlungen, ein Positionswandel der griechischen Regierung und ein insgesamt positiv verändertes Klima. Die Vereinbarungen enthalten nicht nur pure Haushaltsvorgaben und Sparziele, sondern strukturelle Verbesserungen der griechischen Wirtschaft und Verwaltung. Es bleibt ein schwieriger Weg - aber es ist ein Schritt nach vorne.

Der Umfang der gewährten Hilfen liegt bei rund 86 Milliarden Euro. Davon werden ca. 54 Milliarden für den Schuldendienst, 7 Milliarden für den Abbau von Zahlungsrückständen, 7,6 Milliarden zum Aufbau von Reserven und bis zu 25 Milliarden Euro für die Rekapitalisierung von Banken benötigt. Die Finanzhilfe wird in Form eines Darlehens gewährt. Die maximale durchschnittliche Laufzeit der Darlehenstranchen wird rund 32,5 Jahre betragen.

Die Details des Reformprogramms:

Viele Mängel der vorherigen Programme wurden nicht wiederholt. Im Zentrum stehen nämlich nicht nur pure Haushaltsvorgaben und Sparziele, sondern strukturelle Verbesserungen der griechischen Wirtschaft und Verwaltung.

- Griechenland muss seine Staatsfinanzen weiter sanieren, es werden aber keine unrealistischen Haushaltsziele vorgegeben.
- Es wird ein neues Konzept im Umgang mit Staatsbetrieben eingeführt, bei der Sanierung und professionellen Unternehmensführung im Vordergrund stehen. Es geht nicht bloß darum, durch schnelle Privatisierungen Haushaltslöcher zu stopfen, sondern es soll eine wirtschaftliche Modernisierung stattfinden.
- Abgezielt wird auf den Aufbau eines effektiveren und effizienteren Sozialstaates. Zum ersten Mal in der griechischen Geschichte soll eine soziale Grundsicherung für alle eingeführt werden. Gerade die europäischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben sich dafür eingesetzt.
- Vorgesehen ist eine umfassende Reform der griechischen Verwaltung, bei der Professionalisierung, Entpolitisierung und Transparenz im Vordergrund stehen, damit künftig Korruption effektiver bekämpft werden kann.
- Nicht zuletzt wird ein zentrales Ziel der SPD-Fraktion in den vergangenen Jahren, der Kampf gegen Steuerhinterziehung in Griechenland und die Suche nach griechischen Steuerhinterziehern in Europa, neues Gewicht bekommen. Griechenland will kurzfristig neue strafrechtliche Bestimmungen gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug

einführen. Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sollen dabei auf alle Steuerarten ausgeweitet und Strafen verschärft werden.

- Bei der Rekapitalisierung der Banken kommt es nun doch zu einer Beteiligung der Anteilseigner der griechischen Banken (Bailin). Es war immer eine politische Forderung der SPD-Fraktion im Zusammenhang mit der europäischen Bankenunion, dass die Anteilseigner von Banken auch an den Kosten für deren Rettung beteiligt werden. Die Rettung von Banken kann nicht primär Aufgabe der Steuerzahler sein. Deshalb ist diese Ergänzung des MoU für die SPD-Fraktion eine sehr positive Entwicklung. Und ganz wichtig dabei ist, dass die Einlagen der privaten Sparer davon nicht betroffen sind.

Mit dem Beschluss des dritten Hilfspakets ist die Arbeit an dem Programm natürlich nicht abgeschlossen. Ganz im Gegenteil: Durch regelmäßigeren und genauere Programmüberprüfungen müssen die Euro-Partner sicherstellen, dass die Vereinbarungen auch eingehalten werden. Für die SPD-Fraktion war immer klar: Hilfe kann es nicht ohne Gegenleistungen geben. Und die Gegenleistung der griechischen Regierung muss die konsequente Umsetzung der jetzt vereinbarten Reformen sein. Mit den mehr als 50 bereits vom griechischen Parlament beschlossenen Vorabmaßnahmen (*prior actions*) hat die griechische Regierung ein wichtiges Zeichen gesetzt, um das in den letzten Monaten und Jahren verloren gegangene Vertrauen wieder aufzubauen. Die griechische Regierung muss insbesondere bei der Verwaltungsreform und dem Privatisierungsfonds nun rasch die hohen Erwartungen erfüllen.

Schuldentragfähigkeit und die Rolle des IWF:

Die Herausforderung für die Euro-Gruppe besteht in den nächsten Monaten darin, einen glaubhaften Weg zur Sicherstellung der Schuldentragfähigkeit Griechenlands zu finden. Bereits im Juli wurde vereinbart, dass es nach einer erfolgreichen Programmüberprüfung im Herbst zu Gesprächen mit Griechenland über mögliche Schuldenerleichterungen kommt. Denn ohne solche Schuldenerleichterungen ist nach allen derzeitigen Prognosen eine langfristige Tragfähigkeit der Schulden Griechenlands nicht zu erreichen. Das ist auch die Voraussetzung für die weitere finanzielle Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF). Da ein klassischer Schuldenschnitt nach den europäischen Regeln ausgeschlossen ist (*No-Bail-out-Klausel*), wird es dabei vor allem um längere Laufzeiten und tilgungsfreie Zeiten gehen. Die Beteiligung des IWF an einem neuen Finanzhilfeprogramm für Griechenland war und ist für die SPD-Bundestagsfraktion ein zentrales Kriterium.

„Projekt Zukunft“ der SPD-Bundestagsfraktion gestartet

Dialog zum Thema „Neue Gerechtigkeit“

Neue Zeiten erfordern neue Ideen. In sechs Projektgruppen sucht die SPD-Fraktion Antworten auf die Fragen von morgen. Mit einer Zukunftskonferenz am 21. September in Berlin ist das Projekt jetzt in die Dialogphase gestartet.

In Deutschland läuft es derzeit gut. Die Wirtschaft brummt, die Steuereinnahmen steigen, die Arbeitslosenzahlen sinken. Kann deshalb alles so bleiben wie es ist? Sicher nicht. Denn schon heute sehen wir die Herausforderungen von morgen: Ob Globalisierung, Digitalisierung oder demografischer Wandel – sie alle werden unsere Gesellschaft in den nächsten Jahren verändern.

Die SPD-Bundestagsfraktion will diesen Wandel gestalten. Wie? Diese Frage soll das „Projekt Zukunft – #NeueGerechtigkeit“ beantworten. In sechs Projektgruppen werden die SPD-Abgeordneten bis Sommer 2016 Antworten auf zentrale Zukunftsfragen erarbeiten. Sie sprechen mit Expertinnen und Experten, mit gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, mit Unternehmen und Gewerkschaften sowie mit Bürgerinnen und Bürgern – online und offline.

„Wir haben zwei erfolgreiche Jahre hinter uns, in denen wir ein Projekt nach dem anderen umgesetzt haben“, sagte SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. Zum Beispiel den Mindestlohn, die Mietpreisbremse

oder doppelte Staatsbürgerschaft. Mit dem abgearbeiteten Koalitionsvertrag könne sich die SPD-Fraktion aber nicht mehr begnügen. Deshalb das Projekt Zukunft. „Wir entwickeln neue Ideen.“ Thomas Oppermann betonte vor allem das Dialogkonzept, das dem Projekt zugrunde liegt. Denn die SPD-Fraktion stellt kein fertiges Programm vor, um es mit den Teilnehmern zu diskutieren, sie fragt nicht nach ja oder nein. „Wir wollen mit der Gesellschaft diskutieren und lernen.“

Für die SPD-Fraktion ist zudem klar: Wer über eine gerechte Zukunft spricht, muss auch mit den Menschen sprechen, die in dieser Zukunft leben werden. Deshalb haben die Sozialdemo-

kraten für ihr Projekt einen jungen Beirat berufen: 15 junge Menschen werden die SPD-Fraktion in den nächsten Monaten beraten und ihre Perspektive mit einbringen.

Die Zukunftskonferenz in Berlin war dabei gleichzeitig der Start für die Dialogphase mit Veranstaltungen im ganzen Land. Parallel dazu ist auch die Dialogplattform zukunftsideen.spdfraktion.de online gegangen. Hier können sich alle interessierten Bürgerinnen und Bürger direkt beteiligen und ihre Vorschläge und Ideen für eine gerechte Zukunft einbringen.

Nähere Infos: www.zukunftsideen.spdfraktion.de



Bundestagsausschuss für Kultur und Medien zu Gast in Kanada

Mit einer Delegation des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien war **Martin Dörmann** Ende August für einige Tage unterwegs in Kanada. Im Mittelpunkt standen dabei Informationen über die Auswirkungen des Medienwandels sowie innovative Konzepte der Kulturförderung. Das intensive Fachprogramm sah eine Vielzahl von Expertengesprächen vor, etwa in der Hauptstadt Ottawa mit der Regulierungsbehörde für Medien und dem Kulturministerium. In Montreal und Toronto standen u. a. Besuche der dortigen Goethe-Instituts auf der Agenda, die Kanadiern die deutsche Sprache und Kultur näherbringen.

„Vielfalt und Teilhabemöglichkeiten stärken“

Turnusgemäß trafen sich Mitte September die Sprecher/innen der SPD-Bundestags und Landtagsfraktionen für die Bereiche Kultur, Medien und Netzpolitik. Gastgeber war diesmal die NRW-Landtagsfraktion in Düsseldorf. An zwei Tagen berieten die Abgeordneten über aktuelle Themen wie Breitbandausbau, Netzneutralität, Medienordnung oder Kulturförderung.

Martin Dörmann zog als Teilnehmer ein positives Fazit der Tagung: „Wir wollen Vielfalt und die Teilhabemöglichkeiten aller Bevölkerungsgruppen sichern.

Mit dieser Zielsetzung haben wir eine Reihe von Projekten identifiziert, bei denen wir unsere Zusammenarbeit weiter verstärken wollen.“

Beispielhaft nannte er die Frage, mit welchen Maßnahmen Bund und Länder auf die aktuelle Herausforderung des Flüchtlingszuzugs reagieren können. Gerade Kultur im Sinne einer Willkommenskultur könne dazu beitragen, die hier ankommenden Menschen abzuholen und zu integrieren. Durch kulturelle Aktionen und Initiativen könnten Menschen aus der Bundesrepublik und anderen Ländern gemeinsam ins Gespräch kommen. Dies gelte es zu unterstützen.



Porzer Ausstellung „Faszination Grundgesetz“ wird in Berlin gezeigt

Martin Dörmann spricht zur Eröffnung mit dem Künstler Horst Rohde

Der 60. Geburtstag des Grundgesetzes brachte seinerzeit den in Köln-Porz lebenden Juristen **Horst Rohde** auf die Idee, ausgewählte Artikel des Grundgesetzes bildnerisch darzustellen. So entstanden elf

Collagen zu Themen, die ihm besonders wichtig waren. Sie werfen einen kritischen, fragenden und erklärenden Blick auf den Umgang mit dem Grundgesetz.

Ausstellung und Gespräch
Faszination Grundgesetz
Collagen von Horst Rohde, Köln | Gespräch mit den MdBs Martin Dörmann, Köln, Detlef Seif, Euskirchen

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“
(Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes)

Dienstag, 13. Oktober 2015, 19:30 Uhr

Nachdem **Martin Dörmann** und **Jochen Ott** die Collagen bereits vor einiger Zeit in ihrem Bürgerbüro in Porz ausstellten, sind die Bilder nun in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Berlin zu sehen. Die Ausstellungseröffnung wird mit einem Gespräch zwischen Horst Rohde mit den Abgeordneten Martin Dörmann und Detlef Seif eingeleitet.

Diskussion und Ausstellungseröffnung:

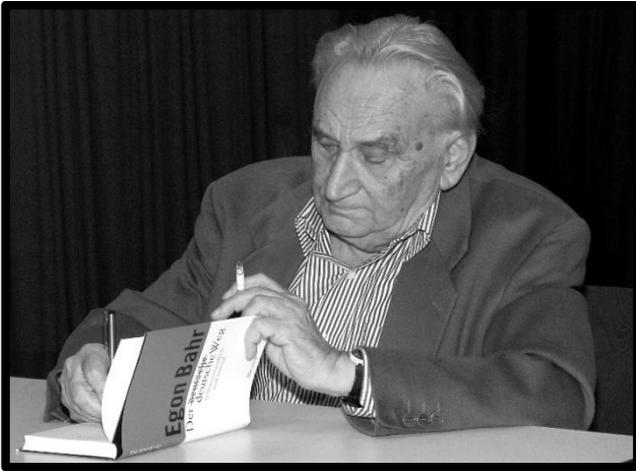
Dienstag, 13. Oktober, 19:30 Uhr

Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund; Hiroshimastraße 12-16, 10785 Berlin

Trauer um Egon Bahr

Der Sozialdemokrat war neben Willy Brandt der Architekt der Ostpolitik

Der SPD-Politiker **Egon Bahr** ist am 20. August im Alter von 93 Jahren verstorben. Bahr hat die Außenpolitik der Bundesrepublik so nachhaltig geprägt wie wenige sonst.



Als Impulsgeber für den ‚Wandel durch Annäherung‘ und als Architekt der neuen Ostpolitik hat er maßgeblich zu einer schrittweisen Annäherung der beiden deutschen Staaten und zu einem Abbau der Spannungen zwischen West und Ost beigetragen. Seine Auftritte als Bundesminister für besondere Aufgaben an der Seite von Willy Brandt (SPD) sind bereits ein fester Teil der bundesrepublikanischen Geschichtsschreibung.

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion **Thomas Oppermann** sagte: „Egon Bahr sah sich bis ins hohe Alter dem Frieden, der Freiheit und der Verständigung unter den Völkern verpflichtet. Wir trauern um einen aufrechten Sozialdemokraten, engagierten Versöhner und manchmal auch unbequemen Mahner. Unsere Gedanken sind bei seiner Familie und seinen Freunden.“ SPD-Parteichef **Sigmar Gabriel**: „Ich bin unendlich traurig, mit ihm einen Freund verloren zu haben, der mir in vielen Gesprächen mit seinen überragenden Kenntnissen und großen historischen Erfahrungen Rat gab.“

Die politische Lebensleistung Egon Bahrs ist herausragend und wird vor der Geschichte Bestand haben.

Er hat zahlreiche Ehrungen für sein politisches Lebenswerk erhalten, seine größte Belohnung jedoch war der Fall der Mauer im November 1989. Egon Bahr war nicht nur ein großer außenpolitischer Vordenker, sondern hat mit einzigartiger politischer Tatkraft und psychologischem Einfühlungsvermögen seine Konzepte in die Tat umgesetzt. In all seinen Ämtern – auch als Abgeordneter des Deutschen Bundestages sowie als Minister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Bundesgeschäftsführer der SPD – blieb er ein unabhängiger, freier und kreativer Geist, der sich den vorherrschenden Meinungen nicht anpasste, sondern in bester sozialdemokratischer Tradition auf die aufklärerische Kraft der Vernunft und des Wortes setzte. Um unsere Demokratie hat er sich mit dieser Lebensleistung in herausragender Weise verdient gemacht.

Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD sind dankbar, dass er seine Partei stets loyal begleitet hat und werden seine analytische Brillanz, seine Rationalität und Leidenschaft, aber auch sein Temperament und seinen liebenswürdigen Humor sehr vermissen.



Einblicke in die Parlamentsarbeit

Julia Beyer und **Daniel Streuber** absolvierten im September ein Praktikum bei **Martin Dörmann**, der sich für die prima Zusammenarbeit herzlich bedankte. Die beiden gewannen so Einblicke in die Arbeit eines Abgeordneten bzw. des Bundestages.



Berlin Depesche abonnieren

Die Berlin Depesche erscheint etwa sechsmal im Jahr. Sie wird per **eMail** versendet und auf der **Homepage www.martin-doermann.de** eingestellt.

Wer in den **eMail-Verteiler** aufgenommen werden möchte, schickt einfach eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (SPD-Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Druckexemplare sind in den drei Bürgerbüros von Martin Dörmann vorrätig. Die Adressen sind auf der letzten Seite aufgeführt.

Aufgabenschwerpunkte

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I
- Arbeitsschwerpunkte: Kultur, Medien, digitale Infrastruktur

Funktionen und Mitgliedschaften im Bundestag (18. WP)

- Kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
- Stellv. Mitglied im Ausschuss Digitale Agenda
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied im Verwaltungsrat der Deutschen Welle
- Mitglied im Vorstand der SPD-Medienkommission

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Besucheradresse:

Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48
martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam

Stefan Stader (Büroleiter),
Dr. Matthias Dahlke

Öffnungszeiten

Sitzungswochen
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.- Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiterteam von Martin Dörmann

Tim Cremer (Büroleiter),
Nadesha Klugewicz,
Ralf Steinmeier (Webmaster)

Öffnungszeiten

Mo. bis Do.: 9 bis 17 Uhr
Fr.: 9 bis 13 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02
Frank.heinz@landtag.nrw.de

Mitarbeiter von Stephan Gatter

Frank Heinz

Öffnungszeiten

Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr
Di., Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiter

Benedikt Dettling

Öffnungszeiten

Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 14 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2015

Sitzungswochen sind die 3., 5., 6., 9., 10. 12., 13., 17., 18., 19., 21., 24., 25., 27., 37., 39., 40., 42., 45., 46., 48., 49., und 51. KW. Übersichten für 2015 und 2016 sind abrufbar unter: www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich),
Dr. Matthias Dahlke, Nadesha Klugewicz, Stefan Stader

BILDNACHWEIS

Karumba Diaby: S. 3 o.;
Jochen Ott: S. 4;
Thomas Lupp: S. 7 u.;
Erich Westendarp/pixelio: S. 10 o.; SPD-Fraktion: S. 11 u., 21 o.;
DBT-Bildarchiv: S. 12;
Bernd Wachtmeister/pixelio: S. 19;;
Landesvertretung NRW: S. 22 u.;
Sonstige: Büro M. Dörmann

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa sechsmal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (SPD-Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins)

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

FACEBOOK

www.facebook.com/martin.doermann



HOMEPAGE

www.martin-doermann.de

